

General-Anzeiger

Elberfeld

für Elberfeld-Barmen

Barmen

Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Kaiserstr. 50
Barmen, Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 678.

Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Rennerweg 57
Barmen, Nr. 714 u. 4997.

(Allgemeine Zeitung für Berg und Markt.)

Die Auflösung des Selbstschutzes.

Der amtliche Bericht.

WTB. Berlin, 26. Juni. (Dr. h. b. A. M. S. S.) Zum 31. Mai d. J. hat bekanntlich die Reichsregierung die Interalliierten Militärkontrollkommission die bis zu diesem Zeitpunkt erforderliche Liste der auflösbaren Selbstschutzorganisationen überreicht. Mit Rücksicht auf den am 30. d. M. beschlossenen Entwurf der im Ultimatum für die Auflösung geforderten Fristen hat die Reichsregierung nunmehr die Befehlsbefugnis über die Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern, der Orts- und Grenzwehren in Ostpreußen und der Organisation der Gendarmerie in Schlesien, die morgen im Reichsgesetzblatt erfolgt, sind die Organisationen aufgelöst. Ihre Eintragung im Register ist von Amts wegen zu löschen. Die Beteiligung an den aufgelösten Organisationen ist strafbar. Die entscheidende Wendung in der Frage der Auflösung ist bekanntlich dadurch eingetreten, daß während der Friedensverträge von Selbstschutzorganisationen nicht spricht, das Ultimatum vom 6. Mai d. J. in Verbindung mit der Pariser Note vom 29. Januar von Deutschland auch die Auflösung der Selbstschutzorganisationen verlangt und die Bestimmungen des Friedensvertrages in diesem Falle für Deutschland ungünstig interpretiert. Die Reichsregierung ist durch die Annahme des Ultimatums gezwungen, die Interpretation zu übernehmen und auch ihrerseits diese, von den früheren Bestimmungen abweichende Auslegung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages anzuwenden. Auf Grund der Artikel 177 und 178 sind nach dem Gesetz vom 22. März 1921 die Verordnungen, und wenn diese von der Auflösung absehen, die Reichsregierung. Die benannten Landesregierungen haben es zum Teil vorgezogen, die Verfügung der Reichsregierung zu überlassen. Sie wollen jedoch selbstständig, gegen die Verfügung und der Anerkennung der Zwangslage der Reichsregierung, dieser Verfügung Rechnung tragen. Die Reichsregierung richtet nunmehr an alle Beteiligten die dringende Aufforderung, auch ihrerseits sich mit Rücksicht auf die Zwangslage in diese Notwendigkeit im vaterländischen Interesse zu fügen.

Die „Sanktionen“ im richtigen Licht.

WTB. Frankfurt a. M., 26. Juni. Während bisher von der Entente stets behauptet wurde, daß die „Sanktionen“ über Deutschland verhängt würden, um es zur Anerkennung der Londoner Beschlüsse zu zwingen, läßt eine Veröffentlichung der französischen Handelskammer in der Rheinprovinz klar erkennen, daß die Errichtung des Rheinabkommens im Interesse der französischen Wirtschaftspolitik der Rheinabkommenskommission erfolgt ist. Der Artikel gibt zunächst an, daß die Wirtschaftspolitik der Rheinabkommenskommission und ihres Präsidenten Litzke von Anfang an planmäßig und mit größter Beharrlichkeit die Lösung des rheinischen

Wirtschaftslebens von Deutschland anstrebt habe. Trotz der Schwierigkeiten, die sich diesem Plane entgegenstellten, habe man immer die Hoffnung gehabt, den Artikel 270 des Friedensvertrages anzuwenden zu können, der „im Interesse der Bevölkerung“ die Einführung eines selbständigen Zollregimes gestattet; aber erst die Sanktionen haben für jenes Zollregime eine einigermassen haltbare Begründung gegeben. Seit diesem Zeitpunkt habe sich die Sachlage entscheidend verändert. Das besetzte Gebiet sei jetzt ein Land, das, was seine materiellen Interessen, den Zolltarif und demnach auch die Finanzverwaltung, andern, ein autonomes Land sei. Die Rheinabkommenskommission ist jetzt im Besitz eines bedeutenden Teiles der Hoheitsrechte über das besetzte Gebiet. Von einer Befreiung der Rheinabkommenskommission, wie sie Deutschland fordert, dürfte keine Rede sein.

Besonders wird nochmals ausdrücklich betont, daß an dem rheinischen „Spezialregime“ nicht gerührt werden dürfe. In Betracht komme nur eine sachliche und räumliche Erweiterung dieses Regimes. Dann heißt es weiter: Die Rheinabkommenskommission kann in der Lage kommen, ihre Intervention auf andere Gebiete als die Zollverwaltung auszuweiten. Sie könne es unvermeidlich finden, die Ämter, welche sich mit der Ausfuhr von Kapitalien und Wertpapieren befassen, sich eingeweihten. Sie hat eben erst das Alkoholmonopol übernommen. Von der Zollverwaltung muß man sich unermittelbar zur Finanzverwaltung übergeben, wenigstens soweit sie sich auf die Waren-erzeugnisse und den Warenverkehr bezieht. Daß die Rheinabkommenskommission auf diesem Wege zur Erweiterung ihrer Macht bereits den ersten Schritt getan hat, beweist ihre Verordnung Nr. 92 über die Zulassung ausländischer Banken im Rheinland, die sie der Kontrolle der deutschen Regierung entzieht.

Daß die Rheinabkommenskommission völlig unabhängig unter dem Einfluß der französischen Anwesenheitspolitik und der Besatzungsbehörde steht, ergibt sich aus den Stimmen der französischen Presse. Besonders die sozialistischen Blätter haben jetzt auf dem Standpunkt, daß man die Zwangsmaßnahmen ehrenvoller Weise nicht mehr aufrechterhalten könne, sobald die Ursachen, denen sie ihre Entstehung verdanken, beseitigt seien. Besonders verurteilt hierzu die Anerkennung der Sanktionen; er sagt u. a., daß Frankreich kein wirkliches Recht habe, in Ruhrort, Duisburg und Düsseldorf zu bleiben, und den Zolltarif beizubehalten, wenn Frankreich nicht bei der Verhängung dieser Maßnahmen uneingeschränkte Hintergedanken gehabt habe, wie etwa denen der Annexion des Rheinlandes. Aus den mitgeteilten Ausführungen der „Monatshefte“ der französischen Handelskammer geht aber deutlich hervor, daß gerade diese Absicht zur Verhängung der Sanktionen geführt hat. Da beratige Veröffentlichungen in der sozialistischen Presse der Rheinabkommenskommission außer unangenehm sind, daß sie die Verbreitung einer Reihe französischer Märkte, darunter „Lumaine“ und „Populaire“, bis auf weiteres für das besetzte Gebiet verbieten.

Der Auswärtige Ausschuss zu den Sanktionen.

GA. Berlin, 26. Juni. (Sig. Dr. h. b. A. M. S. S.) Am Dienstag wird der Auswärtige Ausschuss zu einer Aussprache über die Sanktionen zusammenzutreten, gegen deren Aushebung sich der französische Ministerpräsident in seiner letzten Kam-

merede eingesetzt hat. Dem Reichstag ist über diese Frage eine Interpellation zugegangen, und der Auswärtige Ausschuss wird nun entscheiden, ob diese noch vor den Sommerferien des Reichstages zur Sprache kommen soll. Wie verlautet, hält die Reichsregierung den Zeitpunkt noch nicht für gekommen, eine Interpellation über die Sanktionen wie auch über Überschüssen auf die Tagesordnung zu setzen. Diese Ansicht der Regierung wird der Reichstags- und der Außenminister in der Plenarsitzung des Ausschusses zu begründen haben, und die Haltung des letzteren wird von dieser Erklärung abhängen.

Der Oberste Rat.

WTB. London, 26. Juni. (Dr. h. b. A. M. S. S.) Die Reuter-Veranstaltung, welche Ministerpräsident Briand mit, daß mit Rücksicht auf verschiedene ihm obliegende Verpflichtungen die nächste Tagung des Obersten Rates nicht vor dem 10. Juli stattfinden kann. Obwohl ein genauer Zeitpunkt noch nicht festgelegt ist, wird die Tagung wahrscheinlich in der zweiten Julihälfte in Boulogne stattfinden. Wie der „Morning Post“ berichtet, hat Briand im Kommerzialklub für auswärtige Angelegenheiten am Samstag erklärt, die nächste Sitzung des Obersten Rates werde in Paris sein.

Friedensangebot an Irland

GA. London, 26. Juni. (Sig. Dr. h. b. A. M. S. S.) Der angekündigte Friedensvertrag der englischen Regierung in der irischen Frage kam schneller als erwartet. Lloyd George schrieb dem Präsidenten der irischen Republik, de Valera, einen Brief, in dem er ihn aufforderte, nach London zu kommen. Als Vertreter von Nord-Irland soll er Ertrag an der Konferenz teilnehmen. Um ein friedliches Abkommen zu erzielen, ersucht Lloyd George den Staatsminister, irgendeinen Kollegen nach seiner Wahl mitzubringen. Allen Teilnehmern wird von der Regierung ausdrücklich freies Geleit zugesichert. Die Tagung dieses Schrittes kann gar nicht überschätzt werden. Es handelt sich ganz offenbar um das letzte und äußerste Angebot der Regierung, auf das man in künftigen politischen Streitigkeiten große Hoffnungen setzt. Schlägt auch dieser letzte Versuch fehl, oder lehnt de Valera die Einladung ab, dann werden die militärischen Maßnahmen, die im Gange sind, mit voller Energie durchgeführt werden. Es heißt, daß General Smuts seinen ganzen Einfluß aufgebracht haben soll, um dieses Angebot herbeizuführen, und eine Einigung in letzter Stunde würde ihm zu verdanken sein. Abgeschlossen hängt es mit dem Angebot zusammen, daß der vor drei Tagen verhängte de Valera sofort wieder freigeselassen wurde. Man weiß, daß die Behörden lange nach einer Gelegenheit suchten, sich der Person de Valera zu verschaffen. Dieser hätte aber sicher jede Verhandlung abgelehnt, wenn er gefangen gehalten worden wäre.

Perfische Vertragspolitik.

GA. Paris, 26. Juni. (Sig. Dr. h. b. A. M. S. S.) Nach einer Meldung des „Temps“ aus Teheran hat der Schah von Persien bei der Eröffnung des Parlaments in Gegenwart des diplomatischen Korps mitgeteilt, daß der Vertrag mit England gekündigt sei. Gleichzeitig machte er von der Unterzeichnung eines Vertrages mit Sowjetrußland und Afghanistan Mitteilung.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 25. Juni.

Am Montagmorgen: Dr. Brauns.
Präsident Lohse eröffnet die Sitzung um 12.30 Uhr.
Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Das Gesetz zur Sicherung von auswärtigen Schutzberechtigten deutscher Reichsangehöriger im Ausland wird dem Reichsausschuss überwiesen. Das Gesetz über die Ausübung von Wahlrechten beim Reichstagswahlrecht wird in allen drei Lesungen ohne Aussprache verabschiedet, ebenso das Gesetz über die Ausübung von Wahlrechten beim Reichstagswahlrecht von 3. Mai 1921 und das Gesetz zur Verlängerung der Dauer des Reichstages bis 31. März 1922.

Es folgt die zweite Lesung des Nachtragshaushaltes des Reichswirtschaftsministeriums.

Dann liegt eine Entschließung des Ausschusses vor, in der eine Abrechnung über die finanzielle Lage des Reiches an die Reichsversammlung und ähnlichen Organisationen verlangt wird, ebenso die Vorlage der Jahresabrechnung dieser Organisationen und eine Denkschrift über die finanziellen Grundlagen. Abg. Dr. Götterich beantragte, die Reichsversammlung für die Weissen in Frankfurt a. M., Dresden und Stuttgart zu erheben, wie es der Reichstag bereits vorgeschrieben hat. Dem Ausschuss war diese Vorlage, wie bereits berichtet, zugegangen worden. Die Weissen sind ein wirksames Mittel der Auslandspropaganda. Wir brauchen nur nach dem besetzten Gebiet zu blicken, um zu sehen, welche Mäße sich Frankreich um die Penetration pacifique gibt. Da müssen wir die Franzosen helfen. Wir müssen sie unterstützen. Die Reichsregierung lehnt diesen Antrag mit Hinweis auf die gegenwärtige Situation ab. Eine Zusperrung wollen wir auch nicht, aber neben Leipzig sind Frankfurt und Dresden nötig. Sie haben verschiedene Aufgaben, wir müssen also dort nach einheitlichen Gesichtspunkten arbeiten.

Abg. Dr. v. Meißner (Deutsche Vp.): Wir stimmen dem Antrag auf Unterbrechung der Weissen zu. Ein Regierungsvorsteher: Nachträglich der Reichstag hat für die Weissenentscheidung beantragt, die Reichsversammlung, nicht mehr Mittel für die Weissen bereitstellen zu können, wie sie die Vorlage bereits enthält.

Der deutschnationale Antrag wird mit den Stimmen der deutschnationalen, der deutschen Volkspartei und der Demokraten angenommen. (Unruhe links.)
Präsident Lohse: Es besteht hier die Möglichkeit, daß in der dritten Lesung ein besserer Bescheid aus diesen Reichstagsarbeiten. Durch diesen Bescheid werden die Reichstagsarbeiten für die Weissenentscheidung in Leipzig auf 12 Millionen, in Dresden auf 1 Million, in Frankfurt a. M. auf 2 Millionen und in Stuttgart auf 4 Millionen erhöht.

Die Kriegsgesellschaften

wird angenommen.
Abg. Dr. Cuno (Deutsche Vp.): Es entspricht der Verfassung, daß die Vermögenswerte ausschließlich durch den Reichstag überprüft werden. Dennoch gibt es mit Reichsmitteln arbeitende Unternehmungen, die nicht der schärfsten Kontrolle unterliegen. Stimmt es, daß 800 Millionen der Reichsruhrunternehmungen in die Form einer Privatgesellschaft übergeben sollen? Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß die Gesellschaften der Ruhrunternehmungen dem Reichstag nicht fern gehalten werden können.

Reichswirtschaftsminister Cuno: Die Reichskontrolle über die Gesellschaften der Ruhrunternehmungen ist in Verbindung mit dem Vermögensbesitz der Deutschen Reiches. Überwachen der Gesellschaften werden an die Reichsregierung übergeben. Es ist nicht zu, daß der Reichstag auf die Gesellschaften der Ruhrunternehmungen nicht den mindesten Einfluß ausübt. Es besteht ein Ausschuss von 21 Reichsbeamten und 7 Regierungsräten, der die Gesellschaften sämtlicher Ruhrunternehmungen untersucht.

Abg. Dr. Dietrich-Babow (Zem.): Der Haushaltsausschuss des Reichstages hat auch hinsichtlich der Kriegsgesellschaften seine Schlußfolgerungen gezogen.

Abg. Dr. Cuno (Deutsche Vp.): Die Tätigkeit der Reichskontrolle ist nicht durch die in einer einheitlichen Form. Es ist aber auffallend, daß das Ge-

Die lachende Maske.

Roman von Paul César Hoder.

19) (Nachdruck verboten.)
„Ich weiß nur nicht“, meinte der Oberkassier, wie sie sich das denkt: bald heiraten. Bald. Das heißt doch? Im Winter, wenn sie dort schon beide erkrankt sind? Ihn bedrückte vor allem die Vorstellung, daß das junge Paar nun sofort die Verwaltung des Vermögens selbst übernehmen würden. Er hatte bis jetzt souverän darüber geschaltet und gewaltet. Im Laufe der Jahre waren nicht alle Spekulationen, die er unternommen hatte, um die Zinsen zu vergrößern, glücklich. Er hatte es weder seiner Frau noch der Schwägerin gesagt, weil er sie nicht demütigen wollte, denn es war ja sicher, daß die Verluste bei nächster Gelegenheit wieder gedeckt fanden. Etwas verwickelt mußte sich die Abrechnung jetzt aber doch gestalten.
„Es ist wohl schon am besten, ich fahre mal selbst nach Berlin und sehe mir den jungen Menschen an. Schließlich muß ich auch mit Hella als ihr Finanzminister ein Wortchen reden. Nicht wahr, sie konnte schließlich Wünsche haben — und das erfordert bei einer guten Finanzwirtschaft ein ruhiges Überlegen und Abwägen.“
Richtig fuhr er nach Berlin, bekam aber Hella erst nach der Verlobung zu sehen. Man spielte den „Freischütz“. Thomas Brandt dirigierte, und sie sang die Arie für die noch immer erkrankte Vertreterin des ständigen Ensembles.
In der Pension gab es so spät am Abend nichts Ordentliches mehr zu essen, sie gaben sich also im Restaurant des Landwirtschafthaus am Zoologischen Garten ein Stettelchen.
Robert Berendts hatte schon ein Dußend Original-Rezepte versprochen, als das junge Paar eintraf. Aus seinen köstlichen, wimmelförmigen, kleinen Augen, die zwischen den Fettpolstern der Waden und den haarigen Brauen tief eingebettet

lagen, musterte er wohlwollend die hübschen jungen Leute. Der Kapellmeister steckte in einem modernen, guttuhenden Sommeranzug.

„Wenn er sich jetzt auch noch das Haar vernünftig scheeren ließe, dann sähe ihm niemand den Spielmann an“, sagte Berendts zu sich.

Glückwünsche — Gratulationen — die ersten lebhaften Erhebungen nach dem Befinden der Kinder und Annas Zustand — dann blieb das Gespräch eine Weile beim Theater und beim „Freischütz“.

„Ich hab' das Ding zum letztenmal als Zwölfsjährliger gesehen, in Breslau“, sagte der Oberkassier, „da nahm mich mal ein Großonkel zur Belohnung für ein gutes Zeugnis ins Theater mit. Ich hab' mich damals mächtig gegault in der Volkschlucht. Abgesehen entfinne ich mich genau: die hatten da eine Gule, die mit den Flügeln schlug und die feurigen Augen bewegte. Auf die hab' ich hier den ganzen Akt gewartet, aber es kam keine.“

„Es kam keine?“ fragte Thomas Brandt nach. „In eine rechtliche Volkschlucht gehört doch auch eine ehrliche Rechte. Unerhört.“
Der Oberkassier wollte ihm nun über seine Tätigkeit etwas Verbindliches sagen. Er bewegte den Arm aus und nieder. „Es muß tief anstrengend sein, so den ganzen Abend Zeit zu schlagen. Ich könnte das nicht.“

Die Beiliebten wechselten einen raschen Blick. Thomas Brandt mußte sich auf die Lippen beißen. Dann sagte er verbindlich: „Ach, man lernt es ziemlich schnell. Ein angenehmes „Mühen“. Es erhält schmeckt.“

„Na“, sagte Berendts kühn, „unseren Stadtkompeten sollen Sie mal sehen, der hat einen Umgang.“
Sie lachten darüber beide so herzlich, so erschütternd, daß er fand: er war heute Abend bei guter Stimmung.

Auch seine Komplimente über Hella's Gesang lösten eine behagliche Heiterkeit aus. Sie tranken ihm beide immer wieder zu.

Einen nicht geringen Schrecken verursachte ihm dann aber die Hoflichkeit: die jungen Leute „hingen“ bereits. Sie hatten ihr Angebot schon vor mehreren Tagen gestellt.

„Ja, siehe Hella, um Gottes willen, wann wollt ihr denn heiraten?“

„Am letzten Tage der Opernsaison“, fiel Thomas Brandt lebhaft ein.

„Guter!“

„Nachmittags zwischen zwei und vier Uhr.“

„Warum verschieben Sie die Hochzeit nicht wenigstens auf die Ferien?“

„Wir haben bloß zwanzig Tage. Ganz genau. Und davon wollen wir keinen verlieren.“

„Richt emsernt hatten wir in Hannover an die Möglichkeit gedacht. Da wäre ja schon in vierzehn Tagen Hochzeit!“ Hella, hast du denn auch überlegt, daß Anna jetzt ganz unfähig ist zu sein? Überhaupt: wo soll denn die Hochzeit sein? Tante Lili wird doch verlangen. Oder wenigstens sollte ich einmal bei ihr anklopfen, nicht? Und in der kurzen Zeit alles vorbereiten, eine Aussteuer besorgen, ist doch erst recht unmöglich.“

Sie amüsierten sich beide über seine Aufgeregttheit. Und Hella sagte: „Rein, lieber Schwager, Tante Lili bemühe, bitte, gar nicht. Nach ihren freudigen Glückwünschen hab' ich nicht das geringste Bedürfnis, mich ihr sobald wieder ins Gedächtnis zurückzurufen. Wir machen eine ganz kleine, ganz stille Hochzeit.“

„Am Ende — gar nicht kirchlich?“

„Doch. Ein junger Geistlicher, Freund von Heinz, will uns trauen. Als Trauzeugen vorher auf dem Standesamt: Thomas' Bruder — und du, wenn dir's recht ist.“

„Natürlich ist mir's recht. — Aber die Aussteuer, die Aussteuer! In vierzehn Tagen!“

„Lieber Robert, wir richten uns im ersten Winter in der Residenz noch gar nicht ein. Finden wir kein hübsches möbliertes Logis, dann nehmen wir uns im Hotel ein paar Zimmer.“

„Im Hotel?“

„Es soll einen sehr guten Gasthof dort geben“, sagte der Kapellmeister, „mit dem herrlichen Namen „Zum goldenen Beutel“. Ramos, nicht? Die junge Frau Hella wird sich unter den Töchtern des Landes nach einer Leihungster umsehen, die hat sie dann zu ihrer persönlichen Bedienung, und wir werden so froh, glücklicher, sorgloser leben, als wenn wir eigene Wirtschaft hätten.“

Hella lächelte. „Ich hab' eine kleine Idee. Wenn wir im Winter einen Kontrakt auf fünf, sechs Jahre kriegen, dann haben wir uns ein eigenes Haus.“

Der Oberkassier machte ein verduptes Gesicht. Thomas Brandt sagte bloß: „Hast du soviel Geld?“

„Was sollst du ein kleines Häusl mit Garten und allem Drumundran, Robert?“

„Du denkst im Ernst?“

„Tante Lili hat hundertachtzigtausend in Herrenhausen bezahlt. Das hast du doch selbst einmal ausgerechnet. Robert. Oder waren's bloß achtzigtausend? — Die Zahlen!“

„Rein, es waren hundertachtzigtausend.“

„Wir brauchen's doch kaum halb so groß. Und in Herrenhausen baut sich's sicher teurer als bei uns.“

„Aber, Rind, dein Vermögen ist nicht so groß, daß du dir den Luxus... Ich weiß nicht, ob dein Bräutigam unterrichtet ist.“

Thomas Brandt lachte. „Na, wenn ich jetzt gleich gar was vom Häuslebauern höre. Reichtausend Mark. Soviel Geld gibt's doch gar nicht.“ (Fortsetzung folgt.)

Dentist: Dr. [illegible]
 Address: [illegible]
 City: [illegible]

Reparatur in eigener Werkstatt.
Schnelle Schreibmaschinen werden geschweißt.
L. Neter,
Hd., Altenmarkt 2, Telefon 5175.

